

Sachstandsbericht E-Government, Open-Government – 01.01.2018 – 30.06.2019
Beantwortung von Stadtratsanträgen

Antrag Nr. 14-20 / A 02574 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL: „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 01: München wird E-Government Hauptstadt“ vom 25.10.2016

Antrag Nr. 14-20 / A 02576 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL: „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 03: Stärkung des E-Government durch Kompetenzbündelung an einer Stelle und klare Priorisierung der Vorhaben“ vom 25.10.2016

Antrag Nr. 14-20 / A 02579 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL: „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 06: Wissenschaftliche Begleitung des E-Government-Prozesses“ vom 25.10.2016

Antrag Nr. 14-20 / A 02585 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL: „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 12: Veranstaltungsanmeldung online“ vom 25.10.2016

Antrag Nr. 14-20 / A 02717 der SPD-Fraktion „München digital: 20 unter 20.000 Euro“ vom 08.12.2016

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 16894

1 Anlage

Stadtratsanträge

Beschluss des IT-Ausschusses vom 20.11.2019 (VB)

Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis

I. Vortrag des Referenten.....	2
Zusammenfassung.....	2
Teil A: Stadtratsanträge.....	4
1. Beantwortung der Stadtratsanträge.....	4
1.1. Stadtratsantrag „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 01: München wird E-Government Hauptstadt“ (14-20 / A 02574).....	4
1.2. Stadtratsantrag „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 03: Stärkung des E-Government durch Kompetenzbündelung an einer Stelle und klare Priorisierung der Vorhaben“ (14-20 / A 02576).....	5
1.3. Stadtratsantrag „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 06: Wissenschaftliche Begleitung des E-Government-Prozesses“ (14-20 / A 02579).....	6
1.4. Stadtratsantrag „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 12: Veranstaltungsanmeldung online“ (14-20 / A 02585).....	6
1.5. Stadtratsantrag „München digital: 20 unter 20.000 Euro“ (14-20 / A 02717).....	7

Teil B: Bericht des E- und Open-Government Projektes Stufe 3.....	8
2. Einleitung.....	8
3. Aktivitäten im Zeitraum 01.01.2018 – 30.06.2019.....	8
3.1. Online Dienste.....	8
3.2. eoGov-Basiskomponenten.....	11
3.3. Übergreifende Maßnahmen.....	17
3.4. Fachliche Querschnittsthemen.....	20
4. Kostenbetrachtung.....	20
5. Ausblick.....	20
II. Antrag der Referenten.....	21
III. Beschluss.....	22

I. Vortrag des Referenten

Zusammenfassung

Die vorliegende Beschlussvorlage hat das Ziel in **Teil A** die Maßnahmen vorzustellen, die im Betrachtungszeitraum im Kontext der folgenden Stadtratsanträge durchgeführt werden bzw. wurden:

- Stadtratsantrag 14-20 / A 02574 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL: „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 01: München wird E-Government Hauptstadt“ vom 25.10.2016
- Stadtratsantrag 14-20 / A 02576 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL: „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 03: Stärkung des E-Government durch Kompetenzbündelung an einer Stelle und klare Priorisierung der Vorhaben“ vom 25.10.2016
- Stadtratsantrag 14-20 / A 02579 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL: „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 06: Wissenschaftliche Begleitung des E-Government-Prozesses“ vom 25.10.2016
- Stadtratsantrag 14-20 / A 02585 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL: „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 12: Veranstaltungsanmeldung online“ vom 25.10.2016
- Stadtratsantrag 14-20 / A 02717 der SPD-Fraktion „München digital: 20 unter 20.000 Euro“ vom 8.12.2016

In **Teil B** wird der Stadtrat gemäß Beschlussziffer 48¹ des Beschlusses „E-Government und Open-Government – Stufe 3“ (Nr. 14-20 / V 09361 vom 23.11.2017 – im Folgenden eoGov Stufe 3) über den Sachstand des eoGov-Projektes informiert.

¹ „Bz.48: Das Projekt wird beauftragt, dem Stadtrat jährlich zu berichten. In diesem Rahmen erfolgt auch die Berichterstattung über die Personalsituation. Dieser Beschluss unterliegt aufgrund der eigenständigen Berichtspflicht im Rahmen des E-Government und Open-Government Projekts (SV-Nr. Nr. 14-20 / V 01595) nicht der Beschlussvollzugskontrolle.“

Im Berichtszeitraum vom 01.01.2018 – 30.06.2019 wurden im Bereich E-Government die Online-Dienste konsequent weiter ausgebaut und in Betrieb genommen. Hervorzuheben sind dabei:

- Bereitstellung der Online Dienste „Meldebescheinigung Online“ und „Umzug innerhalb der Stadt“
- Bereitstellung des Online Dienstes „Online Antrag Schülerbeförderung“
- Bereitstellung des Online Dienstes „Bauantrag Online“
- Einsatz der Basiskomponente elektronisches Bezahlen für die Online Bestellung von Standesamtsurkunden

Als Voraussetzungen für weitere Anwendungsbereiche wurden die bestehenden eoGov-Plattformen um folgende neue eoGov-Basiskomponenten ergänzt:

- Datenaustauschplattform für große Dateien
- Anliegenmanagement für Testbetrieb mit dem Baureferat-Gartenbau
- Formularserver (im Aufbau) zur optimierten Bereitstellung neuer Online-Dienste

Darüber hinaus wurden alle vorhandenen Plattformen einem kontinuierlichen Releasemanagement unterworfen und entsprechend den Anforderungen der Anwenderinnen und Anwender neue Funktionalität bereitgestellt.

Aus strategischer Sicht stellen die Vorbereitungen für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) in der LHM einen Schwerpunkt der Arbeiten dar. Zudem wurden weitere Schritte zur Verankerung von E- und Open-Government in der Landeshauptstadt München (LHM) unternommen.

Nur durch ein E-Government-Angebot, das auch angenommen wird, lassen sich in den Prozessen hohe Fallzahlen erzeugen, die dann wiederum Einsparpotentiale durch E-Government in der Kommune realisieren können. Begleitet werden müssen die E-Government-Angebote durch Öffentlichkeitsarbeit und unterstützende Maßnahmen, wie beispielsweise Erklärvideos oder Unterlagen zur Nutzung, sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Verwaltung. Dazu müssen bereits vorhandene sowie neue E-Government-Angebote den Nutzerinnen und Nutzern bekannt gemacht und zur Anwendung gebracht werden.

Das Gesamtprojekt E- und Open-Government Stufe 3 bewegt sich im vorgegebenen Budgetrahmen. Das in diesem Projekt zur Verfügung gestellte Budget und damit verbundene Umsetzungskapazitäten für die Durchführung einzelner Maßnahmen haben sich als sehr hilfreich für eine schnelle und unbürokratische Umsetzung neuer Angebote für weitere Fachdienststellen erwiesen.

Es werden keine Finanzmittel oder Maßnahmen mit finanziellen Folgewirkungen beantragt.

Teil A: Stadtratsanträge

Die folgenden Kapitel beantworten vier Stadtratsanträge der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 25.10.2016 sowie einen Stadtratsantrag der SPD Stadtratsfraktion vom 08.12.2016.

1. Beantwortung der Stadtratsanträge

1.1. Stadtratsantrag „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 01: München wird E-Government Hauptstadt“ (14-20 / A 02574)

Die Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL hat mit dem Antrag „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 1: München wird E-Government-Hauptstadt“ (Antragsnummer 14-20 / A 02574) vom 25.10.2016 folgendes beantragt:

Die Stadtverwaltung erstellt ein Konzept, wie die Landeshauptstadt München bis 2020 deutschsprachige E-Government-Hauptstadt wird – dazu gehört ein System von messbaren Zielen und Maßnahmen.

Dieser Antrag wird wie folgt begründet:

München führt eine Reihe von Ranglisten an. Doch im Bereich E-Government ist sie inzwischen nur noch Mittelmaß. In der Studie „E-Government in Deutschland. Eine Bürgerperspektive“ schneidet München z.B. schlechter ab als Berlin, Düsseldorf, Hamburg und Bonn (die in dieser Reihenfolge die Liste der untersuchten Kommunen anführen) und erreicht im Bereich „E-Abwicklung“ nur die Note „schwach“.

Um beim Thema E-Government wirklich voranzugehen, eigene Impulse zu setzen und die angebotenen Online-Services ambitioniert auszubauen, muss sich die Stadt ein großes Ziel setzen: München beim E-Government Maßstäbe setzen und bis 2020 die E-Government-Hauptstadt im deutschsprachigen Raum werden. Für dieses ehrgeizige Ziel benötigt es ehrgeizige Planungen und ein ehrgeiziges Konzept. Die Stadtverwaltung sollte daher ein System von Zielen und Maßnahmen entwickeln, die E-Government in München mit größtmöglicher Geschwindigkeit vorantreiben – um in vier Jahren tatsächlich eine Vorreiterposition im deutschsprachigen Bereich zu erlangen.

Antwort:

E-Government ist ein zentraler Baustein der Digitalisierung der Verwaltung. Das Konzept einer E-Government Hauptstadt ist daher im gesamten Kontext der Digitalisierung einzuordnen und zu betrachten. Darüber hinaus befindet sich das eoGov-Projekt derzeit mitten im Prozess zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG), um den gesetzlichen Anforderungen gerecht zu werden und um das bestehende Angebot der Online Dienste weiter zielgerichtet auszubauen.

Das Ziel einer E-Government Hauptstadt ist somit nur durch ein integriertes Vorgehen und die Gesamtvision der Digitalisierungsstrategie zu erreichen.

Deshalb wurde die im Beschluss eoGov Stufe 3 angekündigte stadtweite Strategie für E- und Open-Government und die weitere Behandlung in einem gesonderten Beschluss zur gesamtstädtischen eoGov-Strategie in die Digitalisierungsstrategie „München.Digital.Erleben – Digitalisierungsstrategie der Landeshauptstadt München (Nr. 14-20 / V 14953 vom 17.07.2019) integriert.

Das Thema E-Government findet sich dabei im Handlungsfeld „Stadtverwaltung“ und den daraus abgeleiteten Maßnahmen wieder. Schwerpunkt bildet dabei die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG).

Das Thema Open-Government ist Bestandteil des Handlungsfelds „Infrastruktur“ und hierbei insbesondere im Bereich „Digitale Dateninfrastruktur“ und der dort beschriebenen Prüfung und Optimierung der Open-Data-Plattform.

Auf Grund der Komplexität und des deutlich größeren Umfangs ist der Zeithorizont für die Digitalisierung weiter zu fassen. Mit der Strategie einer Roadmap, wie im Digitalisierungsbeschluss dargestellt, entsteht somit ein klarer Fahrplan, was in der LHM bis 2025 erreicht werden soll.

E- und Open-Government wird somit seinen Teil dazu beitragen, um die Vision der LHM im Rahmen der Digitalisierung umzusetzen:

2025 ist München eine zukunftsorientierte und nachhaltig agierende Metropole, die die Digitalisierung aktiv und verantwortungsbewusst zum Wohl der Stadtgesellschaft einsetzt.

Mit der Entwicklung der stadtweiten Digitalisierungsstrategie wird der Antrag damit als erledigt betrachtet.

1.2. Stadtratsantrag „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 03: Stärkung des E-Government durch Kompetenzbündelung an einer Stelle und klare Priorisierung der Vorhaben“ (14-20 / A 02576)

Die Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL hat mit dem Antrag „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 3: Stärkung des E-Government durch Kompetenzbündelung an einer Stelle und klarer Priorisierung der Vorhaben“ (Antragsnummer 14-20 / A 02576) vom 25.10.2016 folgendes beantragt:

Die Position einer/s E-Government-Beauftragten wird eingerichtet; diese Person wird direkt dem Oberbürgermeister unterstellt ist (entweder als Stabsstelle beim Oberbürgermeister oder als Referent/in eines neuen IT-Referats). Sie wird mit der Kompetenz ausgestattet, in Absprache mit den Referaten und den Eigenbetrieben eine klare Priorisierung der Maßnahmen im Bereich von E-Government vorzunehmen und diese dann umzusetzen (dazu gehören nicht nur die Schnittstellen zwischen Verwaltung und Bürgerschaft, sondern auch die internen Prozesse der Stadtverwaltung). Die Services mit den höchsten Fallzahlen, den höchsten Kosten und den höchsten Einsparpotenzialen sollten hierbei als erste angegangen werden.

Dem Stadtrat wird die Liste der Maßnahmen bis Ende 2017 vorgelegt.

Dieser Antrag wird wie folgt begründet:

Die Stadt München beleuchtet gerade alle Möglichkeiten, ihre IT neu aufzustellen und sie leistungstärker und effizienter zu machen. Dies erfordert klar geregelte Strukturen und Verantwortlichkeiten - neben der Aufgabe eines CIO auch die Verantwortlichkeit einer/eines zentralen Leiterin/Leiters für das E-Government. Um sicherzustellen, dass die Entwicklung der Stadt München in diesem wichtigen Bereich Schritt mit dem Gang der technischen Möglichkeiten hält, und auch, damit sich das städtische Angebot an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert, ist die Einrichtung einer koordinierenden Stelle erforderlich. Da sich auch rechtliche Rahmenbedingungen ständig verändern und dadurch vormals verbaute Wege plötzlich frei werden oder bestehende Angebote an neue Rechtslagen angepasst werden müssen, benötigt die Stadt die Möglichkeit schnell zu reagieren.

Antwort:

Mit der Neugründung des IT-Referats und der Schaffung der Position des Chief Digital Officers (CDO) wurde die Bündelung der Verantwortung und der Kompetenzen an einer zentralen Stelle umgesetzt.

Im der Digitalisierungsstrategie „München.Digital.Erleben – Digitalisierungsstrategie der Landeshauptstadt München“ (Nr. 14-20 / V 14953 vom 17.07.2019) wurde außerdem die Digitalisierungsberatung für Referate und Eigenbetriebe verankert. Die Digitalisierungsberater spielen auch bei der Einführung von E-Government-Diensten in den Referaten und Eigenbetrieben eine zentrale Rolle. Über die Digitalisierungsstrategie und die Vorhabensplanung soll zukünftig sichergestellt werden, dass eine Priorisierung und Steuerung von Vorhaben und Projekten erfolgt. Bei stadtweiten IT-Themen, die kein Referat oder Eigenbetrieb verantwortlich vorantreibt bzw. wo sich stadtweite Synergien durch eine zentrale Koordination ergeben würden, übernimmt auch weiterhin das eoGov-Projekt die Auftraggeberrolle. Die referatsspezifische Priorisierung und Planung von Digitalisierungsvorhaben soll zukünftig durch die Digitalisierungsberatung des IT-Referats und die neu installierten Digitalmanager unterstützt werden.

Damit wird der Antrag als erledigt betrachtet.

1.3. Stadtratsantrag „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 06: Wissenschaftliche Begleitung des E-Government-Prozesses“ (14-20 / A 02579)

Die Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL hat mit dem Antrag „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 6: Wissenschaftliche Begleitung des E-Government-Prozesses“ (Antragsnummer 14-20 / A 02579) vom 25.10.2016 folgendes beantragt:

Die Landeshauptstadt München sucht sich im Bereich der Universitäten / Hochschulen einen Partner, der den E-Government-Prozess der Stadt wissenschaftlich begleitet. Dabei soll dieser Partner sowohl bereits umgesetzte Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen als auch zukünftige Felder analysieren. Dem Stadtrat werden die Ergebnisse der Begleitung laufend dargestellt.

Dieser Antrag wird wie folgt begründet:

Wenn sich die Landeshauptstadt München ihren Weg fortsetzt, E-Government-Verfahren weiterzuentwickeln, ist es unerlässlich, diesen Prozess wissenschaftlich zu begleiten - so wie das auch andere Städte wie etwa Wien tun. Damit können durch externen Rat (etwa durch ein Hochschulinstitut) Impulse gesetzt und Qualität gesichert werden.

Antwort:

Nach Beauftragung durch den Stadtrat hat das eoGov-Projekt eine wissenschaftliche Begleitung implementiert. Im diesem Rahmen wird neben der Weiterentwicklung des Themas E-Government auch die Wirksamkeit der bereits umgesetzten Maßnahmen überprüft und Optimierungsmöglichkeiten herausgearbeitet.

Die Details hierzu sind in Teil B, Kapitel 3.3 beschrieben. Über die weiteren Ergebnisse wird ebenfalls im Rahmen der jährlichen Bekanntgabe zu E- und Open-Government berichtet.

Damit wird der Antrag als erledigt betrachtet.

1.4. Stadtratsantrag „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 12: Veranstaltungsanmeldung online“ (14-20 / A 02585)

Die Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL hat mit dem Antrag „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 12: Veranstaltungsanmeldung online“ (Antragsnummer 14-20/A02585) vom 25.10.2016 folgendes beantragt:

Die Verwaltung entwickelt ein Verfahren durch welches sich Veranstaltungen (Versammlungen, Infostände etc.) online anmelden lassen.

Dieser Antrag wird wie folgt begründet:

Die Anmeldung von Veranstaltungen ist oft ein recht komplizierter Prozess. Es wäre daher sinnvoll, hier ein einfaches Online-Tool zu entwickeln, das die Anmeldung erleichtert.

Antwort:

Wie im eoGov-Beschluss Stufe 3 dargestellt wird erst die Bereitstellung eines integrierten Fachverfahrens, das einen durchgängigen Prozess vom Nutzer bis zum Bescheid unterstützt, für beide Seite (Veranstalter und Verwaltung) eine deutliche Verbesserung bringen. Dieses Fachverfahren wurde im Rahmen des Projektes „Baustellen - und Ereignismanagement (BAU-ER)“ ausgeschrieben und wird nach aktuellem Kenntnisstand in den Jahren 2020ff stufenweise eingeführt. In diesem Rahmen werden Lösungsalternativen auch für das Thema „Veranstaltungsanmeldung online“ ausgearbeitet. Diesbezüglich steht das eoGov-Team im engen Austausch mit den verantwortlichen Ansprechpartnern im KVR und im Projekt BAU-ER. Zur Einführung von Diensten sind im eoGov-Projekt entsprechende Ressourcen vorgesehen.

Da die Umsetzung der geforderten „Veranstaltungsanmeldung Online“ im Rahmen des Projektes BAU-ER betrachtet wird, wird der Antrag als erledigt betrachtet.

1.5. Stadtratsantrag „München digital: 20 unter 20.000 Euro“ (14-20 / A 02717)

Die SPD-Fraktion hat mit dem Antrag „München digital: 20 unter 20.000 Euro“ (Antragsnummer 14-20 / A 02717) vom 08.12.2016 die Stadtverwaltung wie folgt aufgefordert, die Erstellung von Apps für nützliche E-Government-Dienste durch die Auslobung von Prämien zu fördern:

Die Stadtverwaltung vergibt für die Programmierung von bis zu 20 Apps, von denen Münchnerinnen und Münchner bei Behördengängen profitieren bzw. die solche sogar vermeiden können, Prämien in Höhe von je maximal 20.000 Euro.

Die Prämien sind ausschließlich für Privatpersonen, Studenten, kleine und mittelständische Unternehmen sowie Start-Ups vorzusehen.

Dieser Antrag wird wie folgt begründet:

Viele gute Ideen, um das E-Government der Landeshauptstadt München voranzubringen, sind für wenig Geld zu haben.

So könnte eine kleine App beispielsweise die aktuelle Nummer und die voraussichtliche Wartezeit im Bürgerbüro anzeigen. So könnte man zwischen Nummer ziehen und Pass beantragen noch schnell einen Kaffee trinken gehen oder Einkäufe erledigen.

Die Prämien sollen unbürokratisch an Privatpersonen, Studenten, Start-Ups, Vereine oder kleine Unternehmen gehen, die gute Ideen haben und bereit sind, ihr Know-How in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.

Antwort:

Zur Umsetzung des Stadtratsantrags wurden verschiedene Möglichkeiten analysiert und diskutiert. Gerade die vergaberechtskonforme Durchführung derartiger Maßnahmen und das Ziel der Nachhaltigkeit, um eine Verstetigung und Bekanntheit der Formate zu erreichen, sind Herausforderungen. Auf Grund positiver Erfahrungen im Smart City Umfeld hat sich das eoGov-Projekt auch bei dieser Themenstellung für die Durchführung eines Open Calls als grundsätzliches Format entschieden.

Im Open Call „Apps4Muc“ werden je drei nützliche Apps für die folgenden Themengebiete gesucht:

- **NeoGovernment: Angebote und Leistungen der Verwaltung, flexibel und nutzerfreundlich gestalten**
 - Informationsmöglichkeiten der Stadt München verbessern und/oder erweitern
 - Online-Dienste der Verwaltung besser nutzbar machen
 - Neue innovative Online-Services entwickeln
 - Digitale Angebote für besondere Bedarfe und/oder Zielgruppen bereitstellen
- **NeoQuartier: Lebensqualität im Stadtquartier steigern, innovativ und miteinander**
 - Innovationen zur Förderung des Zusammenlebens und eines modernen Stadtlebens
 - Menschen im Quartier vernetzen und Kooperationen stärken
 - Nachbarschaften und Nachbarschaftshilfe fördern
 - (Behörden-)Alltag im Quartier verbessern und das Leben erleichtern
 - Lokale Angebote im Quartier ermöglichen und bewerben

Der Open Call wurde am 07.08.2019 veröffentlicht. Bis zum Ausschreibungsende am 20.09.2019 gingen 11 Ausschreibungen ein, die derzeit ausgewertet und abschließend von einer Fachjury bewertet werden. Die Vorstellung der Ergebnisse ist auf dem Open Government Tag 2019 Ende November 2019 geplant.

Da sich das Modell des Open Calls bewährt hat, werden in weiteren bedarfsbezogenen Open Calls, Lösungen für weitere Themenfelder ausgewählt. Als begleitenden Maßnahmen um innovative Ideen zu erkennen werden Hackathons bzw. Barcamps verstärkt genutzt und Innovationswettbewerbe (z.B. im Referat für Arbeit und Wirtschaft) von Projektseite unterstützt.

Mit der Durchführung der Open Calls wird der Antrag als erledigt betrachtet.

Teil B: Bericht des E- und Open-Government Projektes Stufe 3

2. Einleitung

Das eoGov-Projekt ist ein strategisches Projekt im Rahmen der E-und Open-Government-Strategie der LHM.

Seit Beginn des eoGov-Projektes 2013 wurde ein Vielzahl an eoGov-Basiskomponenten und Online Diensten für Bürgerinnen und Bürger geschaffen. Dieser Weg wird auch in Stufe 3 des eoGov-Projektes konsequent weiter verfolgt und damit das Online-Angebot für Bürgerinnen und Bürger weiter ausgebaut. Im Einzelnen wurden die nachfolgend aufgeführten Aktivitäten durchgeführt und die folgenden Ergebnisse erzielt.

3. Aktivitäten im Zeitraum 01.01.2018 – 30.06.2019

3.1. Online Dienste

Das folgenden Kapitel gibt einen Überblick über die, durch das eoGov-Projekt zur Verfügung gestellten Online Dienste. Ebenso werden in diesem Kapitel die beiden eoGov-Basiskomponenten Online Service Portal (OSP) und Formularserver beschrieben.

Darüber hinaus werden die Aktivitäten des eoGov-Projektes im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) zur Bereitstellung weiterer Online Dienste vorgestellt.

Online Dienste

Auf den Seiten des Dienstleistungsfinders der LHM werden derzeit mehr als 300 Dienste in unterschiedlichen Formen (PDF Download, ausfüllbares PDF, Online Formular, Terminvereinbarung oder Statusabfrage) online angeboten.

Ein Teil der Online Dienste wird einerseits auf dem Online Service Portal der LHM und andererseits auf dem Bürgerserviceportal der AKDB (Anstalt für kommunale Datenverarbeitung Bayern) für die Nutzung durch Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung gestellt. Für den anderen Teil der Online Dienste sind die Referate und Eigenbetriebe eigenverantwortlich zuständig.

Ergebnisse 2018/2019: Die folgenden Online-Dienste, für die das eoGov-Projekt verantwortlich ist, stehen derzeit zur Verfügung:

Online Service Portal der LHM:

Sozialreferat: Bestellung Familienpass, Bestellung Ferienpass

Planungsreferat: Bauantrag Online (neu 2018), Baumfällung Online, Fliegende Bauten

Referat für Bildung und Sport: Online Antrag Schülerbeförderung (neu 2018), Online Anmeldung zu Berufsschulen

Bürgerserviceportal der AKDB:

Kreisverwaltungsreferat: Fahrzeug-Abmeldung (neu 2018), Fahrzeug-Wiederzulassung (neu 2019), Haltverbot Online, Meldebescheinigungen (neu 2018), Melderegisterauskunft, Übermittlungssperren, Umzug innerhalb der Stadt (neu 2019), Verlustanzeige Online

Ausblick: Folgende Dienste befinden sich derzeit in Umsetzung:

Referat für Arbeit und Wirtschaft: Online Anmeldung für Veranstaltungen der Stadt (Oktoberfest, Christkindlmarkt, Dulten, Stadtgründungsfest) (Gepl. in 2020)

Kulturreferat: Antrag auf Kulturförderung (Gepl. in 2019)

Direktorium: München dankt, Ehrenamtskarte (Gepl. in 2019)

Sozialreferat: Online Antrag auf eWohngeld – in Zusammenarbeit mit dem Freistaat Bayern (Termin offen)

Weitere Anfragen aus unterschiedlichen Referaten (u. a. Kreisverwaltungsreferat, Referat für Gesundheit und Umwelt) liegen vor.

Nutzungszahlen: Im Allgemeinen ist ein deutlicher Anstieg der Nutzung der Online Dienste der LHM zu erkennen. Bei den Maßnahmen, die aktiv von den Referaten/ Eigenbetrieben beworben werden (z. B. Ferien-/ Familienpass), ist der Anstieg am deutlichsten sichtbar. Ebenso ist erkennbar, dass bei Maßnahmen, bei denen die Online Variante einen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger darstellt (z. B. Verlustanzeige online → Nutzung rund um die Uhr, keine Vor-Ort-Präsenz erforderlich zur Meldung), am stärksten genutzt werden.

Highlights:

Meldebescheinigung Online: Seit der Einführung im März 2018 wurden mehr als 20.000 Meldebescheinigungen online beantragt und bezahlt.

Verlustanzeige Online: Von den jährlich 6.600 Verlustanzeigen werden knapp 60 % online eingereicht.

Ferienpass: Seit Beginn des Onlineverkaufs wurden knapp 10.000 Ferienpässe online verkauft. Die jährlichen Wachstumsraten liegen bei ca. 30 %.

Familienpass: Seit Beginn des Onlineverkaufs wurden ca. 7.500 Familienpässe online verkauft. Die jährlichen Wachstumsraten liegen bei ca. 50 %.

Online Service Portal der LHM – Betrieben durch it@M

Das Online Service Portal ist derzeit die zentrale eoGov-Basiskomponente für die Bereitstellung von Online Diensten und wird betrieben von it@M.

Ergebnisse 2018/2019: Das Online Service Portal wurde im Berichtszeitraum sukzessive weiterentwickelt. Schwerpunkt lag dabei auf der Stabilisierung der Ende 2017 neu eingeführten Architektur.

Die Erweiterung des Online Service Portals, um die Funktionalitäten, die vom Freistaat Bayern und der AKDB zur Verfügung gestellt werden sollten, (Nachricht an Postkorb, Unternehmenskonto, Authega) konnte auf Grund von Verzögerungen bei der Bereitstellung noch nicht abgeschlossen werden.

Ausblick: Bereitstellung der noch ausstehenden Funktionalitäten für die bestehenden Dienste (Nachricht an Postkorb, Unternehmenskonto, Authega), sobald diese zur Verfügung stehen.

Formularserver

Durch den Einsatz des neuen, FIM²-konformen Formularservers als zentrale eoGov-Basiskomponente für die LHM werden Online Dienste zukünftig schneller und aufwandsärmer zur Verfügung gestellt und die rechtlichen Anforderungen zentral umgesetzt. Langfristig sollten alle derzeit vorhandenen und zukünftigen Online Dienste über den Formularserver bereitgestellt und abgewickelt werden.

Ergebnisse 2018/2019: Im Rahmen des Beschlusses eoGov-Stufe 3 und des Digitalisierungsbeschlusses 2018 wurde die Notwendigkeit eines Formularservers zur schnelleren Bereitstellung von Online Formularen dargestellt. Insbesondere auch im Hinblick auf die Umsetzung des OZG und des FIM-Standards ist dieser von zentraler Bedeutung.

Nach einer ausführlichen Marktevaluation und der Prüfung möglicher Lösungsalternativen, wurde final ein Anbieter ausgewählt, mit dem der Formularserver bis Ende 2019/Anfang 2020 realisiert wird.

Ausblick: Nach der Bereitstellung des Formularservers und der anschließenden Pilotphase soll auf dieser Basis die Bereitstellung der OZG-Dienste umgesetzt werden.

2 Das Föderale Informationsmanagement (FIM) dient dazu, leicht verständliche Bürgerinformationen, einheitliche Datenfelder für Formularsysteme und standardisierte Prozessvorgaben für den Verwaltungsvollzug bereitzustellen.

OZG Umsetzung

Im Rahmen des Gesetzes zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen, auch bekannt als Onlinezugangsgesetz (OZG) müssen bis zum 31.12.2022 alle in einem Leistungskatalog (LeiKa) definierten Verwaltungsleistungen von Bund, Ländern und Kommunen den Bürgerinnen und Bürgern standardisiert über das Internet (online) zur Verfügung gestellt werden. Basis des OZG ist der vom IT-Planungsrat und der KGSt zur Verfügung gestellte OZG-Katalog mit 575 OZG-Leistungsbündel. Diese OZG-Leistungsbündel wurden vom IT-Planungsrat detailliert und auf ca. 5.000 LeiKa-Leistungen heruntergebrochen, die nun von den jeweils zuständigen Stellen (Bund, Länder, Kommunen, Sonstige Stellen wie z. B. Gerichte) umgesetzt werden müssen.

Dabei handelt es sich um ein Leistungsangebot, das zusätzlich zum derzeitigen „traditionellen“ Angebot aufgebaut werden muss, um der Nachfrage der Gesellschaft nach entsprechenden elektronischen Verfahren Rechnung zu tragen.

Ergebnisse 2018/2019: Mit der Bereitstellung des Online Service Portals, des neuen Formularservers (Ende 2019) und der Basiskomponente elektronisches Bezahlen wurden in der LHM die Grundlagen für die effiziente Umsetzung von Online Diensten im Sinne des OZG geschaffen. Mit der frühzeitigen Entscheidung der Nutzung des Servicekontos des Freistaats Bayern (Bayern ID für Bürgerinnen/Bürger und Unternehmen) wird in der LHM die vom OZG geforderte deutschlandweite Interoperabilität von Bürgerkonten sichergestellt. Basierend auf dem bereits vorhandenen Online-Angebot der LHM werden in einem nächsten Schritt die weiteren Online Dienste sukzessive bis Ende 2022 erstellt und dabei vereinheitlicht.

Hierzu wurde nach einer Bestandsaufnahme der bestehenden unterschiedlichsten Online Dienste im Dezember 2018 bei allen Referaten/Eigenbetrieben die Zuständigkeiten zu den 575 OZG-Leistungsbündel abgefragt. In Einzelgespräche mit den Referaten/ Eigenbetrieben wurden die Rückmeldung auf Basis der LeiKa-Leistungen verfeinert und anschließend in einer zentralen Übersicht konsolidiert.

Ausblick: Die Ergebnisse bilden die Basis für eine Roadmap für die Umsetzung der OZG-Formulare für die Jahre 2020-2022 in der LHM. Dabei wirken auch Abhängigkeiten zu Aktivitäten auf Bundes- und Länderebene, sowie Maßnahmen auch bei anderen Kommunen oder der sog. Digitalisierungslabors zur Pilotierung ausgewählter Leistungen. Zielsetzung ist diese Erkenntnisse in die Planung im Rahmen der eoGov-Beschlussvorlage in 2020 aufzunehmen.

3.2. eoGov-Basiskomponenten

Im Laufe des eoGov-Projektes wurden bisher 15 eoGov-Basiskomponenten für die stadtweite Nutzung durch alle Referate und Eigenbetriebe bereitgestellt oder befinden sich derzeit im Aufbau. Die Bereitstellung weiterer eoGov-Basiskomponenten ist in Planung.

Diese Basiskomponenten werden fachlich von Seiten des eoGov-Teams betreut und regelmäßig weiterentwickelt. So wird für jede Basiskomponente im Schnitt pro Jahr ein neues Release, das die Umsetzung fachlicher Anforderungen aus den Referaten und Eigenbetrieben beinhaltet, umgesetzt.

Im Folgenden werden die Ergebnisse für diese Basiskomponenten beschrieben.

Basiskomponente elektronisches Bezahlen

Die Basiskomponente elektronisches Bezahlens bietet eine stadtweit einheitlich nutzbare Komponente für das ePayment in der LHM. Derzeit werden die Bezahlverfahren Online-Lastschrift, Kreditkarte und Giropay angeboten.

Ergebnisse 2018/2019: Die Basiskomponente wird derzeit bei folgenden Online-Diensten eingesetzt:

Kulturreferat: Online Bestellung / Verlängerung Bibliotheksausweis und Online Bezahlung von Gebühren

Kreisverwaltungsreferat: Online Bestellung von Standesamtsurkunden (seit 04/2018)

Sozialreferat: Online Bestellung Familienpass bzw. Ferienpass

Ausblick: In enger Zusammenarbeit mit der Stadtkämmerei ist der weitere Ausbau der Bezahlmöglichkeiten um PayPal und paydirekt in Planung.

Das **Referat für Gesundheit und Umwelt** bereitet derzeit die Nutzung des ePayments für die Online Anmeldung zur Beratung im Rahmen des Prostituiertenschutzgesetzes und des Infektionsschutzgesetzes vor.

Nutzungszahlen: **Online Bestellung Bibliotheksausweis:** Pro Jahr werden mehr als 10.000 Transaktionen bei den Bibliotheken online durchgeführt. Der Trend ist weiterhin steigend.

Online Bestellung von Standesamtsurkunden: Seit April 2018 können online bestellte Standesamtsurkunden auch direkt online bezahlt werden. Im ersten Jahr (04/2018-03/2019) wurden knapp 40.000 Bestellungen aufgegeben und bezahlt.

Bestellung Ferien- / Familienpass: Siehe Kapitel 3.1

Kooperationsplattform

Die 2016 produktiv genommene Kooperationsplattform ermöglicht es der LHM mit externen Partnern Informationen und Dokumente auszutauschen, Dokumente gemeinsam zu bearbeiten und Termine für gemeinsame Abstimmungen zu finden.

Ergebnisse 2018/2019: Die Kooperationsplattform wird bei allen Referaten der LHM intensiv und in vielen unterschiedlichen Anwendungsfällen genutzt. Hervorzuheben ist die Nutzung der Plattform durch alle 26 Bezirksausschüsse. Dort verzichteten mittlerweile 2/3 der Bezirksausschussmitglieder auf den Papierversand und sind somit aktive Nutzer der Plattform.

Im Rahmen der Initiative „Papierlose Stadtratsarbeit“ wurde ein Pilot der Kooperationsplattform durchgeführt, der den beteiligten Stadträten die prinzipielle Nutzungsmöglichkeit der Plattform zum Austausch von öffentlichen und nicht-öffentlichen Sitzungsunterlagen aufzeigen sollte.

Die Anforderungen aus dem Piloten wurden gesammelt, eine Realisierung ist auf Grund der Abhängigkeiten zu anderen Systemen (RatsInformationssystem RIS), starker Auswirkungen auf die Prozesse des Beschlusswesens sowie der hohen Priorität der Kommunalwahl 2020 zeitnah nicht realisierbar.

- Ausblick:** Im Rahmen der Nutzung der Kooperationsplattform in den Referaten und Eigenbetrieben ergeben sich immer wieder neue Anforderungen, die analysiert, bewertet und wenn sinnvoll in neuen Releases Niederschlag finden.
- Nutzungszahlen:** Ende 2017 waren 46 Projekträume produktiv. Bis Juni 2019 stieg die Zahl der Projekträume auf über 100 was einer Steigerung der Anzahl im Berichtszeitraum um mehr als 100 % entspricht.
- Insgesamt nutzen ca. 1.800 Benutzer die Kooperationsplattform, davon mehr als die Hälfte externe Benutzer (nicht LHM-Nutzer). Ca. 650.000 Dokumente wurden in den Projekträumen hochgeladen.

Veranstaltungsplattform

Mit der Veranstaltungsplattform, die seit Anfang 2015 im Einsatz ist, wurde für die Referate und Eigenbetriebe eine Möglichkeit geschaffen, um geplante Veranstaltungen online zur Registrierung bereit zu stellen. Die Interessenten können sich somit über ein Online-Formular eigenständig anmelden.

- Ergebnisse 2018/2019:** Im Berichtszeitraum wurden zu den bestehenden 11 Plattformen (Sozialreferat, Referat für Arbeit und Wirtschaft, Münchner Stadtentwässerung; Referat für Gesundheit und Umwelt, Direktorium und Kreisverwaltungsreferat) zwei weitere Plattformen für das Referat für Bildung und Sport und das IT-Referat zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurden in einem umfangreichen Release im 1. Halbjahr 2019 die Voraussetzungen für den weiteren Ausbau der Plattform geschaffen.
- Ausblick:** Die erfolgreiche Nutzung der Veranstaltungsplattform in den Referaten und Eigenbetrieben führt zu regelmäßigen Nachfragen von anderen Referaten und Fachbereichen. So wird das Planungsreferat sowie das Bauzentrum des Referats für Gesundheit und Umwelt die Plattform demnächst für ihre Veranstaltungen nutzen.
- Nutzungszahlen:** Auf den 13 Veranstaltungsplattformen der LHM gingen bis Ende Juni 2019 knapp 100.000 Buchungen ein. Im Jahr 2018 wurden 37.315 Buchungen zu Veranstaltungen durchgeführt (2017: 22.919). Dies entspricht einer Steigerung von ca. 60 %.

Newsletterplattform

Die stadtweit nutzbare eo-Basiskomponente für Newsletter bietet eine einheitliche Lösung für die Erstellung und den Versand von Newslettern. Die An- und Abmeldung von Newslettern durch Bürgerinnen und Bürger erfolgt über einen komfortablen Online-Dienst, der über das Online Service Portal zur Verfügung gestellt wird.

- Ergebnisse 2018/2019:** Zu den Anfang 2018 bestehenden 18 Newslettern kamen neun weitere Newsletter hinzu. Die Plattform ist damit in 10 Referaten und Eigenbetrieben im Einsatz, die 27 Newsletter versenden.
- Um den rechtlichen Anforderungen nachzukommen, wurde 2018 das Double-Opt-In Verfahren (Bestätigung des Abonnements eines Newsletters über einen zusätzlichen Link in einer E-Mail) implementiert.

Ausblick:	Einerseits wird die Plattform weiterentwickelt, andererseits wird das Angebot an Newslettern sukzessive weiter ausgebaut.
Nutzungszahlen:	Zum 01.01.2019 hatten rund 42.000 Abonnenten die 27 Newsletter abonniert, die über die Newsletterplattform zur Verfügung gestellt werden. Im Vergleich zu 2017 (ca. 36.000) ist dies eine Steigerung von 16 %.

Anliegenmanagement

Unter Anliegenmanagement werden online-gestützte Softwaresysteme verstanden, mit denen Anliegen, Hinweise und Wünsche von Nutzern öffentlicher Dienste ortsbezogen und öffentlich sichtbar eingereicht und vom Anbieter zumeist auch öffentlich beantwortet werden.

Ergebnisse 2018/2019:	Auf Basis der Anforderungen der Referate wurde 2018/2019 ein Anliegenmanagement in Form einer Mängelmelder-Plattform realisiert. Die Pilotphase mit acht (Mangel-)Kategorien rund um die Themen „Grünanlagen“, „Spielplätze“ sowie „Brunnen und Denkmäler“ startete im Mai 2019 mit ca. 1.000 Personen aus dem RIT.
Ausblick:	Nach Abschluss der Pilotierung sollen weitere Kategorien (u. a. Bei Anruf Licht!, Rein. Und Sauber., E-Ladesäulen, etc.) eingebunden werden.

Datenaustauschplattform

Mit der Datenaustauschplattform (DAP) wird den Referaten und Eigenbetrieben die Möglichkeit für einen sicheren Datenaustausch zwischen intern und extern zur Verfügung gestellt. Damit können große Dateien im Gigabyte-Bereich bereitgestellt und – bei entsprechender Rechtevergabe – wieder von anderen Personen abgerufen werden.

Es werden zwei Varianten der Datenaustauschplattform zur Verfügung gestellt:

- DAP (SB2) für Dateien mit Schutzbedarf bis einschließlich Stufe 2 (Öffentliche Daten)
- DAP SAFE (SB3) für Dateien mit Schutzbedarf bis einschließlich Stufe 3 (Vertrauliche Daten)

Ergebnisse 2018/2019:	Zur Hebung von Synergien wurden die beiden Projekte, die sich mit dem Thema „Cloud-Speicher“ bei it@M befassen, unter der Führung des eo-Gov-Projektes zusammengelegt. Die Lösung wurde auf Basis der Plattform OwnCloud entwickelt. Die Variante DAP (SB2) ist seit dem 03.05.2019 produktiv und wird seitdem intensiv von den Referaten und Eigenbetrieben genutzt. So wurde z. B. für den Videowettbewerb „Mehr München“ die Einreichung der Wettbewerbsbeiträge über die Datenaustauschplattform abgewickelt.
Ausblick:	Es ist geplant bis Ende 2019 auch die Variante DAP SAFE (SB3) zur Verfügung zu stellen, um das Einsatzgebiet zu erweitern.

Starke Authentifizierung für Ferneinsatz (SAFE)

Bei der Basiskomponente „Starke Authentifizierung für Ferneinsatz“ handelt es sich um

eine 2-Faktor Authentifizierung³, mit der auch vertrauliche Daten, die höhere Sicherheitsanforderungen haben, zwischen externen und internen Nutzerinnen und Nutzern ausgetauscht werden können.

Ergebnisse Im Berichtszeitraum wurde die Basiskomponente entwickelt, die dafür notwendigen LHM-internen Prozesse aufgebaut und getestet.

Ausblick: In einem ersten Anwendungsfall wird die Basiskomponente in Kombination mit der Datenaustauschplattform zur Verfügung gestellt.

Umfrageplattform

Die Umfrageplattform, die Ende 2014 produktiv gesetzt wurde, kann stadtweit für Online-Befragungen durch verschiedene Fachbereiche der LHM genutzt werden. Online-Befragungen ermöglichen den Referaten ein Meinungs- und Stimmungsbild zu ermitteln, um dieses bei späteren Entscheidungen berücksichtigen zu können.

Ergebnisse Seit Januar 2019 ist die Umfrageplattform auch für das **Pädagogische Institut** des Referats für Bildung und Sport erfolgreich im Einsatz. Mit der Umfrageplattform werden die vorgeschriebenen Evaluationen zum Halbjahr an den städtischen Schulen durchgeführt.

Ausblick: Die Plattform wird im Rahmen von Releases sukzessive weiterentwickelt.

Open Data Portal

Auf dem Open Data Portal München veröffentlicht die LHM seit 2015 offene Daten aus verschiedenen Themenbereichen der Verwaltung in maschinenlesbarer Form. Die Veröffentlichung erfolgt unter der Deutschlandlizenz, d. h. die Daten sind frei zugänglich.

Ergebnisse Auch im Berichtszeitraum wurde das Open Data Portal kontinuierlich weiterentwickelt. Die zur Verfügung gestellten Daten werden verwaltungsintern durch andere Dienststellen und extern im Rahmen von Hackathons und in der Zusammenarbeit mit Community-Projekten genutzt.

Ausblick: Es werden, abhängig von der Bereitstellung durch die Referate und Eigenbetriebe, kontinuierlich weitere Open-Data-Angebote bereitgestellt.

Nutzungszahlen Die Anzahl der offenen Datensätze wurde um 30 % auf 140 Datensätze gesteigert.

Bürgerterminal

Ein Bürgerterminal ist ein fest installiertes digitales Informationssystem, das Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, elektronische Dienste zu nutzen oder Informationen zu suchen. Die Bürgerterminals sind mit einem Kartenleser ausgestattet, mit dem die eID-Funktion des neuen Personalausweises (nPA) genutzt werden kann.

Ergebnisse Im Rahmen des Serviceabrufs wurden die Geräte der Firma OMC weiterentwickelt. Ebenso wurden neue Geräte im KVR und bei it@M zur Verfügung gestellt, so dass derzeit 11 Bürgerterminals im Einsatz sind.

³ Zwei-Faktor-Authentifizierung (2FA) bezeichnet den Identitätsnachweis mittels der Kombination zweier unterschiedlicher und insbesondere unabhängiger Komponenten (Faktoren) (Beispiel: Bankkarte plus PIN beim Geldautomaten)

Ausblick: Die Nachfrage nach Bürgerterminals ist in den letzten Monaten gestiegen, so dass in 2020 von einer steigenden Anzahl an Geräten auszugehen ist.

Chat Bot

Bei einem Chat Bot handelt es sich um einen Kommunikationsroboter, der z. B. Fragen zu Leistungen der LHM beantwortet und dabei weitestgehend selbstständig und automatisiert mit den Nutzerinnen und Nutzern kommuniziert.

Mit dem Beschluss „Chat Bot als Kommunikationsmedium der Stadt München“ (Nr. 14-20 / V 10883) wurde die Pilotierung eines Chat Bots in der LHM beauftragt.

Ergebnisse 2018 / 2019: Auf Basis der Beauftragung durch den Stadtrat wurde eine ausführliche Marktevaluation durchgeführt, mögliche Lösungsalternativen geprüft und final ein Anbieter ausgewählt, mit dem der Chat Bot nun realisiert wird

Ausblick: Nach der Realisierung der Pilotversion des Chat Bots im 2. Halbjahr 2019, ist die Vorstellung der Lösung auf dem Open Government Tag 19 Ende November 2019 geplant. In der Pilotphase soll der Chat Bot für 12 der meist nachgefragten Leistungen des Kreisverwaltungsreferats zur Verfügung stehen und über das entsprechende Leistungsangebot informieren.

De-Mail

Im Unterschied zu anderen elektronischen Kommunikationskanälen (z. B. E-Mail) erhalten Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen mit De-Mail die Möglichkeit, die Schriftform in geeigneten Fachverfahren elektronisch rechtssicher zu ersetzen.

Ergebnisse 2018/2019: Im Rahmen der stadtweiten Verankerung von De-Mail wurden bisher 30 De-Mail-Adressen für 10 Referate eingerichtet⁴. Ebenso wurden 17 weitere De-Mail-Adressen auf Grund der Verpflichtung zum sicheren elektronischen Rechtsverkehr mit Gerichten eingerichtet⁵. Als zentrale De-Mail Adresse der LHM wurde das Postfach poststelle@muenchen.de bereitgestellt. Der zentrale Telefonservice fungiert als zentrale Anlaufstelle und verteilt die Anfragen an die betreffenden Fachbereiche.

Ausblick: Auf Grund gesetzlicher Vorgaben wird das Thema weiter angeboten und betreut. Da die Nutzung von De-Mail jedoch weit hinter den Erwartungen zurückliegt, wird De-Mail derzeit nicht weiterentwickelt.

Besonderes elektronisches Behördenpostfach

Das besondere elektronische Behördenpostfach dient zur elektronischen rechtssicheren Kommunikation zwischen Gerichten und Behörden und erfüllt damit die Voraussetzungen der entsprechenden Gesetze. Während die Bußgeldstellen seit dem 01.01.2019 zur Nutzung verpflichtet sind, werden die Gerichte im Laufe des Jahres den Zugang allgemein eröffnen. Die technische Umsetzung wird vom Land Bayern zur Verfügung gestellt.

⁴ vgl. <https://www.muenchen.de/rathaus/Kontakt/Elektronische-Kommunikation/Eroeffnete-De-Mail-Postfaecher.html>

⁵ vgl.

<https://www.muenchen.de/rathaus/Kontakt/Elektronische-Kommunikation/De-Mail-Postfaecher-Kommunikation-mit-Gerichten.html>

- Ergebnisse 2018/2019:** Das besondere elektronische Behördenpostfach wurde zum Jahreswechsel 2018/2019 bei der LHM eingeführt. Inzwischen ist es bei den 10 Bußgeldstellen der LHM im Einsatz.
- Ausblick:** Mehrere Rechtsabteilungen haben bereits Interesse an der Nutzung des besonderen elektronischen Behördenpostfachs angemeldet, um mit den Gerichten elektronisch sicher kommunizieren zu können. Somit wird der Roll-out innerhalb der LHM weiter vorangetrieben.

Plattformen in Planung

Gemäß Beschluss eoGov-Stufe 3 sollen folgende weitere Plattformen näher untersucht werden.

- Bürgerbeteiligungsplattform (Partizipationsplattform)
- Ideenplattform
- Beschwerdemanagement
- Terminvereinbarung

Ergebnisse 2018/2019: Auf Grund verstärkter Anfragen von Seiten des Stadtrates wurde die Konzeption einer Bürgerbeteiligungsplattform im Projekt vorgezogen und Anfang Juni 2019 gestartet.

Ausblick: Für die Bürgerbeteiligungsplattform wird im 2. Halbjahr 2019 die Anforderungserhebung durchgeführt und eine Umsetzungsstrategie (Make, Buy oder Compose) erstellt. Auf dieser Basis wird das weitere Vorgehen detailliert.

Gemäß der Planung des Projektes startet die Betrachtung der weiteren Plattformen Anfang 2020.

3.3. Übergreifende Maßnahmen

In diesem Kapitel werden die Aktivitäten der übergreifenden Maßnahmen des eoGov-Projektes beschrieben.

Wissenschaftliche Begleitung

Mit dem Beschluss eoGov Stufe 3 wurde eine wissenschaftliche Begleitung, wie im Stadtratsantrag Nr. 14-20 / A 02579 gefordert, umgesetzt.

Ergebnisse 2018/2019: Die Fortiss / TU München wurde als Partner für die wissenschaftliche Begleitung des eoGov-Prozesses ausgewählt und beauftragt. Die wissenschaftliche Begleitung startete im 1. Quartal 2019.

Die Zusammenarbeit konzentriert sich auf drei Themenbereiche:

- Elektronische Bescheidzustellung
- Fachliche Betrachtung der E-Government-Architektur
- Nutzerorientierte Gestaltung von Onlinediensten

In allen Themenbereichen wurden konkrete Gespräche und Workshops mit den Referaten durchgeführt. Neben dem Blick in die Zukunft wird dabei auch die Wirksamkeit der bereits umgesetzten Maßnahmen überprüft.

und Optimierungsmöglichkeiten herausgearbeitet.

Ausblick: Die Arbeiten im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung werden weiter vorangetrieben. Neben dem schriftlichen Bericht ist auch ein erster Prototyp für eine elektronische Bescheidzustellung in Planung.

Verankerung E- und Open Government in der LHM

Die gesammelten Erfahrungen zeigen deutlich, dass E- und Open-Government im Zuge der Digitalisierung kontinuierlich an Bedeutung zunimmt. Es gilt somit die E- und Open-Government-Aktivitäten dauerhaft strategisch auszurichten, professionell zu begleiten, Möglichkeiten zu erkennen, Initiativen zu ergreifen, übergreifende Aufgaben zu bündeln und auf eine konzeptionell fundierte Basis zu stellen, um eine breite Akzeptanz innerhalb der Verwaltung zu erreichen.

Die enge Begleitung der Referate und Eigenbetriebe ist substanziell, um die zeitnahe Umsetzung von Ergebnissen und Mehrwerten für die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen zu gewährleisten.

Ergebnisse 2018/2019: Durch Präsentationen und Diskussionen auf LHM-internen Veranstaltungen wurden die Grundideen des E- und Open-Governments in den Referaten und Eigenbetrieben weiter etabliert, u. a.

- durch Präsentationen auf Leitungsebene (Stadtdirektorentreffen),
- durch Vorstellung in städtischen Arbeitskreisen (z. B. Facharchitekten-Board,)
- und bei LHM-weiten Veranstaltungen (z. B. Architektentage, internes Barcamp).

Mit dem **Marktplatz der digitalen Möglichkeiten**⁶ fand 2018 erstmals eine Messe der eoGov-Services und -Lösungen und der städtischen IT für Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern statt, die von allen Beteiligten ein sehr positives Feedback erhielt.

Ausblick: Der Weg die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter intensiv über das eoGov-Angebot zu informieren (Marktplatz der digitalen Möglichkeiten 2019, Mitarbeiterveranstaltungen, Intranet, Expertenrunden, etc.) und frühzeitig einzubinden wird auch in Zukunft konsequent weiterverfolgt.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Kommunikation mit und über alle Ebenen sowohl innerhalb der Verwaltung, zur Umsetzung der angestrebten Veränderungen, als auch in Richtung Politik, Partnerbehörden, IT-Community und Öffentlichkeit ist ein entscheidender Baustein im Hinblick auf den Erfolg und die Akzeptanz der eoGov-Angebote bei Bürgerinnen und Bürgern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Insbesondere das Vorhandensein und der Nutzen der Angebote und Dienste müssen kommuniziert werden.

Ergebnisse 2018/2019: Im Berichtszeitraum wurde die Kommunikation nach außen (IT-Blog, Twitter) wie auch nach innen (Intranet) intensiv ausgebaut.

Darüber hinaus sind folgende Maßnahmen hervorzuheben:

- Beim jährlich stattfindenden „**Open Government Tag München**“

⁶ Impressionen des Marktplatzes der digitalen Möglichkeiten 2018: <https://www.youtube.com/watch?v=jwThnpg08CY>

treffen sich über 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Verwaltung, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zum Informations- und Erfahrungsaustausch zu unterschiedlichen Themen rund um die Themen „E- und Open-Government“ im Alten Rathaus.

- Weitere regelmäßige Veranstaltungen umfassen den jährlichen **Hackathon** zum „Open Data Day“, ein **Barcamp**⁷ zu wechselnden Themen im eoGov-Umfeld sowie die Präsenz des eoGov-Projektes auf dem **Aktionstag „Da sein für München“**.
- Mit dem **Future Camp**, einem Barcamp für die Auszubildenden der LHM, wurde ein Format geschaffen, um Ideen innerhalb der LHM zur Digitalisierung zu sammeln.
- An die **Umsetzung eines neuen Marketingkonzeptes** mit Slogan und neuem Layout für eoGov schließen sich sukzessiv weitere Marketingmaßnahmen über die Kanäle an. Neue Marketingmaterialien (Plakate, Give-Aways) stehen zur Verfügung.
- Die **Erklärfilme und Hilfevideos**⁸ für eoGov, erste Dienste und Basis-komponenten sowie Bürgerterminals wurden erstellt.
- Darüber hinaus war die LHM auf unterschiedlichsten nationalen und internationalen Veranstaltungen und Konferenzen als Sprecher oder Teilnehmer vertreten.

Ausblick: Öffentlichkeitsarbeit spielt auch weiterhin eine wichtige Rolle im Rahmen des Projektes. Auf Basis des Marketingkonzeptes soll die Bekanntheit und die Nutzung der Online-Services weiter gesteigert werden. Auch die regelmäßige Durchführung von Veranstaltungen (Open Government Tag 2019, interne und externe Barcamps, Hackathon) ist geplant.

Kooperationen mit Kommunen, auf Landesebene und mit Organisationen

Im Sinne einer effizienten und kostengünstigen Bereitstellung von eoGov-Basiskomponenten und Online Diensten ist das eoGov-Team stets darauf bedacht „Best Practices“ aus anderen Kommunen zu nutzen. Dies wird durch den intensiven Austausch auf Bundes- und Landesebene, mit anderen Kommunen und mit diversen Organisationen umgesetzt.

Ergebnisse 2018/2019: Unter den oben genannten Gesichtspunkten findet ein regelmäßiger Austausch mit den Staatsministerium der Finanzen und für Heimat und dem Staatsministerium für Digitales zu Themen rund um das Thema OZG und E- und Open-Government statt. Darüber hinaus sind Vertreter des Projektes in Arbeitsgruppen des Bayerischen und auch des Deutschen Städtetages vertreten.

Auf kommunaler Ebene kooperiert die LHM mit den Städten Augsburg und Nürnberg. Da alle drei Städte zukünftig den gleichen Formularserver einsetzen, wurde ein Austausch von bestehenden Online Diensten vereinbart, um hierbei Synergieeffekte zu realisieren.

Auf Bundesebene ist die LHM in der Initiative Stadt.Land.Digital und im Netzwerk digitaler Städte vertreten.

Um den Austausch auch mit anderen Organisationen, Verbänden und der Wirtschaft weiter zu fördern ist die LHM regelmäßig als Redner oder

⁷ Video des Barcamps 2019: <https://www.youtube.com/watch?v=niPUfSXNY9g>

⁸ Erklärvideo zum Online Service Portal: <https://www.youtube.com/watch?v=ZL77BBWzzMk>

Teilnehmer auf Konferenzen vertreten.

Ausblick: Diese Strategie der Kooperation auf allen Ebenen und die Prüfung der Übertragbarkeit von Online-Dienste anderer Kommunen auf München wird durch das eoGov-Projekt auch zukünftig konsequent weiter verfolgt.

3.4. Fachliche Querschnittsthemen

Mit dem eoGov Beschluss Stufe 3 wurde die Stadtkämmerei mit dem Projekt „ePayment Stufe 2“ beauftragt. Das eoGov-Team ist im Lenkungskreis ePayment vertreten und arbeitet in der Projektgruppe ePayment mit. Die Anbindung von Fachverfahren an das ePayment der LHM wird durch die SKA koordiniert und aus dem eoGov-Projekt unterstützt. Darüber hinaus verantwortet das eoGov-Team das Releasemanagement der Basiskomponente elektronisches Bezahlen (BeB) (siehe Kapitel 3.2).

Außerdem ist das eoGov-Team im Lenkungskreis des Projektes GeoPortal vertreten und arbeitet in der Projektgruppe GeoPortal mit.

Die im Projekt eoGov Stufe 2a erstellte App-Strategie wird in enger Abstimmung mit der vom Smart City Projekt bereitgestellten Smart City App weiterentwickelt.

4. Kostenbetrachtung

Das Gesamtprojekt E- und Open-Government Stufe 3 bewegt sich in dem vorgegebenen Budgetrahmen. Insbesondere das in diesem Projekt zur Verfügung gestellte Budget und damit verbundene Umsetzungskapazitäten für die Durchführung einzelner kurzfristiger Maßnahmen haben sich als sehr hilfreich für eine schnelle und unbürokratische Umsetzung neuer Angebote für weitere Fachdienststellen auf Grundlage der bereitgestellten Basiskomponente erwiesen.

Von den genehmigten Stellen aus dem Beschluss eoGov Stufe 3 wurden 2 Stellen besetzt, für 2 Stellen läuft das Besetzungsverfahren und 1 weitere Stellen ist derzeit offen.

5. Ausblick

Die zweite Hälfte des Projektes eoGov Stufe 3 (01.07.2019 – 31.12.2020) wird geprägt durch den Aufbau des neuen Formularservers für die LHM, die weiteren Schritte zur Umsetzung des OZG und der damit verbundenen Bereitstellung der entsprechenden Online Dienste. Hierzu müssen die internen Prozesse zur Bereitstellung der Online Dienste und insbesondere auch das Releasemanagement für die Weiterentwicklung der Online Dienste aufgebaut werden.

Parallel dazu wird die Weiterentwicklung der bestehenden und der Aufbau neuer eoGov-Basiskomponenten und die Ausweitung von Online-Diensten entsprechend den im jeweiligen Abschnitt „Ausblick“ beschriebenen Tätigkeiten vorangetrieben.

Darüber hinaus wird in 2020 eine Beschlussvorlage für die Fortsetzung des eoGov-Projektes für die Jahre 2021ff erstellt. Diese Beschlussvorlage wird eng mit der Digitalisierungsstrategie und der IT-Strategie der LHM verknüpft sein und dabei folgende Schwerpunkte haben:

- Konkrete Ausgestaltung und Umsetzung des OZG in der LHM bis 2023 (Roadmap)
- Weiterer Ausbau des Themas Open Data
- Aufbau neuer stadtweiter Basiskomponenten

- Etablierung und Weiterentwicklung der bestehenden Basiskomponenten und On-line-Dienste.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Korreferent und Verwaltungsbeirat

Der Korreferent des IT-Referats, Herr Stadtrat Progl, und die zuständige Verwaltungsbeirätin, Frau Stadträtin Hübner, haben einen Abdruck der Sitzungsvorlage erhalten.

II. Antrag der Referenten

1. Vom Vortrag des Referenten wird Kenntnis genommen.
2. Mit diesem Beschluss ist der Antrag Nr. 14-20 / A 02574 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 01: München wird E-Government Hauptstadt“ vom 25.10.2016 geschäftsordnungsgemäß erledigt.
3. Mit diesem Beschluss ist der Antrag Nr. 14-20 / A 02576 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 03: „Stärkung des E-Government durch Kompetenzbündelung an einer Stelle und klare Priorisierung der Vorhaben“ vom 25.10.2016 geschäftsordnungsgemäß erledigt.
4. Mit diesem Beschluss ist der Antrag Nr. 14-20 / A 02579 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 06: Wissenschaftliche Begleitung des E-Government-Prozesses“ vom 25.10.2016 geschäftsordnungsgemäß erledigt.
5. Mit diesem Beschluss ist der Antrag Nr. 14-20 / A 02585 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL „Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 12: „Veranstaltungsanmeldung online“ vom 25.10.2016 geschäftsordnungsgemäß erledigt.
6. Mit diesem Beschluss ist der Antrag Nr. 14-20 / A 02717 der SPD-Fraktion „München digital: 20 unter 20.000 Euro“ vom 08.12.2016 geschäftsordnungsgemäß erledigt.
7. Dieser Beschluss unterliegt aufgrund der eigenständigen Berichtspflicht im Rahmen des E-Government und Open-Government Projektes (Nr. 14-20 / V 01595) nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Über den Beratungsgegenstand wird durch die Vollversammlung des Stadtrates endgültig beschlossen.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Thomas Bönig
Berufsm. Stadtrat

IV. Abdruck von I. mit III. über die Stadtratsprotokolle

an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt

z. K.

V. Wv. - RIT-Beschlusswesen